

Das LINKE

Kurzwahlprogramm für Gelsenkirchen

Können Sie sich auch nicht damit abfinden, dass in Gelsenkirchen

- ▶ mehr als 40% der Kinder in Armut aufwachsen und unsere Stadt damit den bundesweiten Spitzenplatz belegt,
- ▶ Tausende Arbeitnehmer*innen trotz Vollzeitjob mit Hartz IV aufstocken müssen, weil ihr Lohn nicht reicht,
- ▶ viele Arbeitslose und Rentner aus Geldmangel nicht mehr am sozialen und kulturellen Leben teilnehmen können,
- ▶ immer mehr Menschen Flaschen sammeln oder zur „Tafel“ gehen müssen, um zu überleben,
- ▶ kommunale Dienstleistungen immer teurer oder ganz abgebaut werden, weil der Stadt das Geld fehlt?

Dann sollten Sie sich das Wahlprogramm der LINKEN näher anschauen. Denn die rasant fortschreitende soziale Spaltung der Gesellschaft sowie die Verarmung und chronische Unterfinanzierung der Kommunen sind nicht naturgegeben, sondern die Folge der jahrzehntelangen Umverteilungspolitik der „großen bürgerlichen Koalition“ von SPD, CDU, FDP und Grünen. Spätestens wenn es um die Unterstützung der „kleinen Leute“ geht, orientieren sich die kommunalen Vertreter*innen dieser Parteien an den Kürzungsvorgaben ihrer Berliner Zentralen und damit letztlich – auch wenn sie das Gegenteil behaupten – an den Interessen des großen Geldes und all derer, die keine leistungsfähige Kommune brauchen.

DIE LINKE.
Kreisverband Gelsenkirchen

www.gelsenkirchen-fuer-alle.ruhr

Wir sagen: Nur Reiche können sich eine arme Kommune leisten

Deshalb kämpfen wir für eine Alternative zur Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik der etablierten Parteien zugunsten der abhängig beschäftigten Mehrheit der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang bekämpfen wir auch die Lügen der AfD und anderer rechtsradikaler Parteien, die sich als Anwälte der kleinen Leute aufspielen, tatsächlich aber Fleisch vom Fleische des kapitalistischen Systems sind und deren asoziale Vorschläge letztlich darauf hinauslaufen, dem Volk vollends das Fell über die Ohren zu ziehen.

Unser Ziel ist eine lebenswerte Stadt für alle, in der niemand in Armut leben muss. Das ist kein Wunschdenken, denn Geld ist genug da, es muss nur anders verteilt werden! Die Bundesregierung muss es sich bei den Reichen und Superreichen sowie bei den Internetkonzernen holen und an die Kommunen weitergeben. Die Umverteilung vom unteren Gesellschaftsende nach oben muss ebenso gestoppt werden wie die milliardenschweren Mehrausgaben für das Militär.

Für Gelsenkirchen fordern wir eine grundlegende Entschuldung, eine Anhebung des kommunalen Anteils im Gemeindefinanzierungsgesetz NRW (GFG) auf mindestens 28% und die Gegenfinanzierung durch eine Vermögenssteuer und eine höhere Erbschaftssteuer.

Um dies zu erreichen, muss der Einfluss der Privatbanken und Großkonzerne auf die politischen Entscheidungen in Bund, Land und Kommunen zurückgedrängt werden. Doch genau das trauen sich die übrigen Parteien nicht.

Für eine Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung braucht es deshalb mehr Druck von Links.

Unser Ziel: Gelsenkirchen lebenswert für alle machen

11 Punkte für ein soziales und lebenswertes Gelsenkirchen

Dafür setzt sich DIE LINKE ein:

1. Ein **dichtes Netz kostenfreier öffentlicher Daseinsvorsorge** zur Sicherung der gleichberechtigten Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben – u. a. durch freien Eintritt in kommunale Bäder für Geringverdiener, Rentner*innen, Arbeitslose, Alleinerziehende und Geflüchtete
2. Eine **nachhaltige Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik** zur Schaffung menschenwürdiger, sozialversicherungspflichtiger und angemessen bezahlter Arbeitsplätze, für Dauerarbeitslose z. B. durch massive **Ausweitung des öffentlichen Beschäftigungssektors**
3. Die **Streichung der kommunalen Altschulden** und eine hinreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen u. a. mit dem Ziel, zunächst den seit Jahren stattfindenden **Personalabbau im öffentlichen Dienst zu stoppen** und anschließend wieder mehr Verwaltungspersonal zur Verbesserung der kommunalen Leistungsfähigkeit einzustellen
4. Die **strikte Ablehnung jeglicher Form der Privatisierung** öffentlicher Leistungen und Einrichtungen und die vollständige **Rekommunalisierung privatisierter Leistungen** (vor allem in der Gesundheits- und Energieversorgung)
5. Die **Abschaffung der Hartz IV-Gesetze** zugunsten einer sanktionsfreien Mindestsicherung, die **sofortige Beendigung der Sanktionspraxis** und – solange die Gesetze in Kraft sind – die volle Unterstützung der Kommune bei der Dämpfung der unsozialen Folgen
6. **Mehr Chancengerechtigkeit für Kinder unabhängig vom Geldbeutel** durch besondere Fördermaßnahmen, z. B. kurzfristig die Sicherung der digitalen Teilhabe für alle Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen durch Bereitstellung digitaler Lernmittel, mittelfristig durch Schaffung einer

Schule für alle und als ersten Schritt mehr gut ausgestattete integrative Gesamtschulen

7. **Gleichberechtigter Zugang zu Kunst und Kultur für alle**, u. a. durch mehr kostengünstige Eintrittskarten für Menschen mit niedrigem Einkommen und durch **Einrichtung nichtkommerzieller generationsübergreifender Kultur- und Bürgerzentren in allen Stadtteilen**
8. **Abschaffung von nicht existenzsichernden Zeitverträgen und prekären Beschäftigungsverhältnissen** im Sozial-, Kultur- und Bildungsbereich zugunsten fester und angemessen bezahlter Arbeitsplätze, außerdem stärkere finanzielle Unterstützung der freien Kultur
9. Ein **klares Nein zur autogerechten Stadt** zugunsten eines integrierten Mobilitätskonzeptes, u. a. durch konsequenten Ausbau straßenunabhängiger Radwege und des öffentlichen Nahverkehrs, wobei ein preiswerteres Sozialticket und ein 365 €-Jahresticket nur erste Schritte hin zu einem steuerfinanzierten **kostenlosen ÖPNV** sein können
10. **Umfassende Geschlechtergerechtigkeit und strikere Bekämpfung jeder Form von Gewalt gegen Frauen** durch Stalking oder Gewalt in der Familie; Unterstützung der Betroffenen u. a. durch kostendeckende Förderung der entsprechenden Beratungsstellen und des Frauenhauses sowie dessen Ausbau entsprechend dem vorhandenen Bedarf
11. Die **konsequente Bekämpfung von Rassismus und Rechtsradikalismus** in jeglicher Form durch die Stadt Gelsenkirchen, u. a. durch Etablierung des 8. Mai (Befreiung vom Faschismus 1945) als kommunaler (Feier-)Tag der politischen und humanistischen Bildung – Gelsenkirchen ist eine von Zuwanderung geprägte Stadt und muss offen für alle und kulturell vielfältig bleiben.

100 % sozial – auch kommunal und nach der Wahl